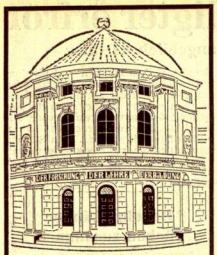


Hamburgs Universität im Kreuzfeuer

Hamburgs Universität ist ins Kreuzfeuer der Meinungen, Proteste und Gegenproteste geraten. Unzureichende Studienverhältnisse, Unruhe unter den Studenten, Sorge bei den Professoren — das sind Krankheitssymptome, die hier nur schlaglichtartig und zwangläufig etwas überspitzt aufgezeigt werden können. Damit soll keineswegs parteilich der einen oder anderen Seite „am Zeug geflickt" werden. Wir glauben aber, daß es unsinnig ist, die Dinge zu beschönigen. Heilung kann nur erfolgen, wenn die Probleme zunächst in ihrer ganzen Schärfe bewußt gemacht werden. Das allein ist die Absicht unseres Berichts.

Viel wurde in den letzten Jahren für die Universität gebaut. Hier der Komplex im von-Melle-Park mit Audimax, Philosophenturm und Pädagogischem Institut.

②

Der Bürger muß die Zeche zahlen

Hohe Kosten für auswärtige Studenten

Hamburg hat, was seine Universität betrifft, in den hinter uns liegenden Jahren gewiß nicht geschlafen. Gewaltige Investitionen beweisen das. So wurden von 1960 bis 1967 allein für neue Universitätsbauten (einschließlich der Einrichtungen) u. a. ausgegeben:

Für das Gebäude der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät 8,5 Millionen DM; für den „Philosophenturm" 22 Millionen DM; für das zweite Institut für Experimentalphysik und das Institut für Schiffbau zusammen 11 Millionen; für das Gebäude der Juristischen Fakultät 10 Millionen; für

Diesen Bericht schrieb
Dr. ERICH HOEPFNER

die Chemischen Institute 49 Millionen; für die ersten drei Bauabschnitte des MRC-Komplexes (Medizin, Radiologie, Chirurgie) in Eppendorf zusammen 25 Millionen DM.

Weitere umfangreiche Vorhaben sind im Bau und werden in diesem oder den nächsten Jahren fertiggestellt. So in Eppendorf die Frauenklinik, die Psychiatrische Klinik, die Augenklinik und der vierte Bauabschnitt des MRC-Komplexes. Kosten zusammen: 110 Millionen Mark. Das Zyklotron in Bahrenfeld kostet 10 Millionen DM, das neue Institut für physikalische Chemie und das für pharmazeutische Chemie zusammen 37,5 Millionen; Büchermagazin und Erweiterungsbau der Staatsbibliothek 28,8 Millionen.

Das wissenschaftliche Personal der Universität wurde von 1960 bis 1967 um rund 100 Prozent (ohne wissenschaftliche Hilfskräfte um 87 Prozent) vermehrt. Der finanzielle Aufwand für wissenschaftliches Personal stieg damit von 26,3 Millionen DM im Jahr 1960 auf 48 Millionen DM im Jahr 1967. Das bedeutet eine Steigerung um 82 Prozent oder, auf die Jahre verteilt, eine durchschnittliche Erhöhung dieser Kosten um jährlich rund drei Millionen DM.

Auf diese Leistungen ist man in der Hochschulabteilung der Schulbehörde mit Recht stolz. Rektor Ehrlicher aber sagt mir:

„Die enormen Aufwendungen seit 1960 haben die Studienverhältnisse an der Universität kaum verbessert. In einzelnen Fächern dürften sie inzwischen sogar schlechter geworden sein."

Woran das liegt, ist klar. Die Zahl der Studenten ist im gleichen Zeitraum so stark angestiegen, daß selbst diese gewaltigen Aufwendungen kaum etwas nützen konnten. Entmutigt muß man fragen: Wie soll das erst in den kommenden Jahren werden? Was soll werden, wenn die Zahl der Studenten bis 1975 tatsächlich die vorausgeschätzte Höhe von rund 27 000 erreicht haben wird?

„Ich kann mir schwer vorstellen", sagt Rektor Ehrlicher dazu, „daß der hamburgische Staat die finanziellen Mittel für eine derartige Studentenzahl aufbringen kann, wenn das Finanzierungssystem nicht grundlegend geändert wird."

Die Kosten trägt Hamburg allein

Gegenwärtig hat Hamburg selbst die Hauptlast für seine Universität zu tragen — und damit der Hamburger Steuerzahler. Was der Bund dazutut, ist nur ein Zuschuß zu den Bauten. Für alles andere — so für die hohen laufenden Kosten — muß Hamburg allein aufkommen.

Das mutet nahezu grotesk an, wenn man sich vor Augen hält, daß nur rund 45 Prozent der Hamburger Studenten Hamburger sind. Bezieht man in diese Rechnung fairerweise die an anderen Universitäten studierenden Hamburger ein, so kommt man auf etwa 55 Prozent.

Das moderne Chemische Institut an der Bundesstraße kann sich selbst mit ähnlichen amerikanischen Einrichtungen messen.

Das heißt: Der hamburgische Staat müßte, wenn er ausschließlich für seine eigenen Landeskinder sorgen würde, nur eine Universität für etwas über die Hälfte der jetzigen Studentenzahl unterhalten.

Dieser Zustand ist ebenso ungerecht wie unhaltbar und müßte eigentlich den Steuerzahler auf die Barrikaden treiben. Aber was ist zu tun? Soll man den Föderalismus auf die Spitze treiben, soll man die Freizügigkeit der Studenten beschränken und alle Nicht-Hamburger von der Universität ausperren? Das wäre ein immerhin denkbarer Weg. Aber er wäre, wie Rektor Ehrlicher sagt, „sicher nicht wünschenswert".

„Es müßte in irgendeiner Form ein Finanzausgleich stattfinden, um die Lasten abzudecken, die Hamburg für die Studenten aus anderen Ländern übernimmt — das liefe auf eine überregionale Form der Hochschulfinanzierung hinaus", sagt der Rektor und nennt damit die einzig denkbare Lösungsmöglichkeit.

Die Politiker werden dafür zu sorgen haben, daß dieser Weg realisiert wird — und zwar rasch. Denn das einzig wirksame Mittel gegen die fortschreitende Misere ist nun einmal in erster Linie Geld, sehr viel Geld.

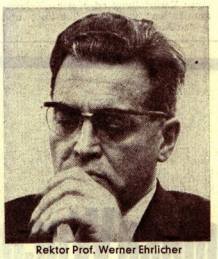
Hinter diesem Problem, hinter der Notwendigkeit des beschleunigten und in ganz neuen Dimensionen zu überdenkenden Ausbaus des Hamburger Hochschulwesens und dessen Finanzierung, müßten die Fragen der Studienreform und der Reform der inneren Struktur der Universität eigentlich verblassen. Aber seltsamerweise erhitzen sich gerade an ihnen die Gemüter der Studenten. Ihre Parolen fordern nicht „Mehr Geld für die Universität", sondern „Mitbestimmung", „Demokratisierung" und „Politisierung" der Hochschule. Sie wenden sich gegen „Ordinarien-Willkür" und „Institutsleiter-Diktatur". Und es sind beileibe nicht nur die linksaußen Stehenden, die diesen Parolen folgen.

Die Universität eine Feudalburg?

Woran liegt das? Offensichtlich ist die materielle Misere der Universität, aus der das meiste andere erst entspringt, gar nicht das eigentliche Problem der beunruhigten Studenten. Ihre Aktivität zielt in eine andere Richtung.

„Die Universität ist auch heute noch eine Feudalburg mit bürgerlichen Klassenprivilegien", sagt der Hamburger Student Jens Litten, stellvertretender Bundesvorsitzender des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB). Und er macht mit dieser sozialrevolutionär klingenden Formulierung den eminent politischen Akzent der Studentenbewegung klar.

Die Studenten — das gilt sicher für sehr weite Kreise, und nicht nur für die aktive Minderheit — fühlen sich von der Gesellschaft, von der Politik, vom Funktionieren der Demokratie enttäuscht. Am Beispiel der Massenuniversität, deren unpersönlichem Apparat sie sich als junge Menschen ausgeliefert fühlen, wird ihnen die Problematik der modernen Massengesellschaft mit ihren unpersönlichen Herrschafts- und Verwaltungsformen klar. Und voll Bitterkeit empfinden sie die innere Unwahrhaftigkeit, die in vielem steckt.



Rektor Prof. Werner Ehrlicher

„Ich glaube", sagt mir Jens Litten, „daß wir in unserem Staat zur Zeit um die Demokratie betrogen sind." Um nicht mißverstanden zu werden, setzt er sofort hinzu: „Das heißt aber nicht, daß wir die nötigen Reformen nicht im parlamentarischen Rahmen erreichen können."

Dieses politische „Glaubensbekenntnis", mit dem er ebenso heftig die gegenwärtigen Verhältnisse in unserem Staat attackiert, wie er sich klar gegen die Linksextremisten des SDS abgrenzt, die am liebsten die gesamte gesellschaftliche Ordnung umstürzen möchten, gilt vermutlich für den größten Teil der politisch wachen Studentschaft.

So wie sie selbst vor dem „Apparat" der Massenuniversität stehen, so sehen diese Studenten den einzelnen Bürger macht- und einflußlos vor dem übermächtig gewordenen Apparat des Staates. Und da es keine wirksame parlamentarische Opposition mehr in Bonn gibt, die den Apparat kontrollieren könnte, begeben sie sich in die Rolle der „außerparlamentarischen Opposition".

Als ich Jens Litten frage, ob er seine politischen Ansichten und die Forderungen der Studentenschaft nicht besser in einer Partei vertreten würde, sagt er nur kurz: „Ich bin in einer Partei, in der SPD. Sie sehen ja, wie weit man damit kommt." Und ebenso bitter wie überspitzt fügt er hinzu: „Nicht in Ost-Berlin, sondern in Bonn sitzt die größte Einheitspartei, auch wenn sie nicht als sozialistische, sondern als christlich-sozialdemokratische firmiert. Solange wir keine wirksame parlamentarische Opposition haben, ist aus Bonn kein politischer Frühling zu erwarten."

Er hält überhaupt nicht viel von den Politikern: „Unfähiger als die Professoren sind offenbar noch die Politiker in Deutschland", meint er.

Die Parteien und ihre Politiker gehören für diese Studenten zum „Establishment", wie sie mit einem heute beliebten Schlagwort sagen. Damit meinen sie alle die, die „oben" sitzen, die „Etablierten", die die Macht in Händen haben, die sich (wie in einem nur zum Schein ausgetragenen Kampfspiel) augenzwinkernd die Bälle zuwerfen und eigentlich nichts anderes tun, als ihre Machtpositionen zu behaupten. Auch die Gewerkschaften und die Kirchen, die Industriellen ebenso wie die Professoren oder die Justiz und den Beamtenapparat zählen sie dazu. Gegen die verfestigte Herrschaft dieses „Establishments" lehnen sie sich auf.

Unruhe der Studenten ist nötig

Man kann diese Dinge nicht einfach mit einer Handbewegung oder gar mit erhobenem Zeigefinger abtun. „Es ist Unsinn, wenn man sagt, Studenten sollten lieber studieren, als auf Kosten der Steuerzahler Geld zu verschwenden", meint Dr. Hans Hoffmeister dazu, ein Wissenschaftlicher Rat an der Universität, der als SPD-Bezirksvorsitzender und Deputierter auch aktiv in der Politik steht. „Ich glaube, daß unsere Gesellschaft die Unruhe der Studenten nötig hat, weil die Demokratie sonst zu leicht eine Demokratie der Etablierten wird."

Er gibt der studentischen Argumentation sogar weitgehend recht: „Die Unruhe der Studenten ist provoziert worden durch das jahrelange, undemokratische Verhalten der Hochschule und zum Teil auch der Gesellschaft allgemein, in der sie leben", sagt er.

Da ist gewiß viel Wahres dran. Aber trotzdem ist einem ziemlich unbehaglich zumute, wenn man mit den Wortführern der studentischen Rebellen spricht, wenn man ihre erstaunlich „fertigen" Urteile über kompliziertes Zusammenhänge hört, wenn man die manchmal geradezu entwaffnende, intellektuelle Arroganz erlebt, mit der sie sich ebenso über ihre Professoren wie über sämtliche Institutionen der Gesellschaft und des Staates erheben. Und man ist versucht, sie zu fragen: Sind denn eigentlich die vielen anderen, die die Dinge nicht so sehen (oder doch zumindest nicht ganz so), allesamt bösartig, korrupt oder blind?

Lesen Sie in der nächsten Folge:
Stoßtrupp des Linksradikalismus

Wettbewerb

„Die zeitungsgerechte Anzeige"

GESUCHT: Anzeigen-Entwürfe in Schwarz-Weiß und Anzeigen-Entwürfe mit einer Zusatzfarbe für die Tageszeitung — **ABSICHT:** Darstellung wirkungsvoller und zeitungsgerechter Anzeigen — **GESTARTET:** von der Regionalpresse, Arbeitsgemeinschaft regionaler Abonnementzeitungen e.V., 6 Frankfurt/Main 1, Meisengasse 8. — **TEILNAHMEBEDINGUNGEN:** werden kostenlos von der Regionalpresse oder von der Anzeigenleitung dieser Tageszeitung zugesandt

Diese Zeitung erscheint täglich. Der Leser erwartet es von ihr. Denn Aufgabe der Tageszeitung ist es, aktuelles Gegenwartsgeschehen dem Leser sofort weiterzugeben: neueste Nachrichten, Informationen und Berichte aus allen Bereichen. Und das nicht monatlich oder wöchentlich, sondern Tag für Tag. Die technische Herstellung der Tageszeitung darf deshalb nur minimale Zeit in Anspruch nehmen.

Anzeigen in der Tageszeitung sind ebenfalls Informationen für den Leser. Mit einer großzügigen Gestaltung treten sie im Erscheinungsbild der Zeitung hervor. Und diese Gestaltung muß sich in der technischen Ausführung dem schnellen Druckverfahren der Tageszeitung anpassen, kurz: sie muß zeitungsgerecht sein. Deshalb „zeitungsgerechte Anzeigen".

Die 77 großen Tageszeitungen der Arbeitsgemeinschaft Regionalpresse suchen jetzt die besten Entwürfe für zeitungsgerechte Anzeigen. Also: Aufruf an alle Gestalter, für diesen Wettbewerb zeitungsgerechte und wirkungsvolle Anzeigen zu entwerfen. Prämiierte Anzeigen werden in dieser Zeitung veröffentlicht.